Sachstand zur Umsetzung :

A) Beteiligung der Stadtbezirksbeiräte

Wie im Beschluss der Ratsversammlung vom 14.03.2007 (RB-Nr. 812/07) vorgesehen, wurde durch die Leipziger Stadtverwaltung ein Projekt zur Einführung eines Bürgerhaushalts in Leipzig gestartet. Die Fachämter wurden mit Schreiben vom 22.03.2007 durch die Stadtkämmerei über den Ablauf und die umzusetzenden Verfahrensschritte informiert. Beginnend mit dem Haushaltsplanentwurf 2008 wurden von ausgewählten Fachämtern Vorschlags- bzw. Prioritätenlisten in die Stadtbezirksbeiräte gegeben, damit diesen die Gelegenheit gegeben wird, für die Verwaltung bindende Vorschläge zur Auswahl von Vorhaben innerhalb ihres Stadtbezirkes für die Einstellung in den Haushaltsplanentwurf abgeben zu können.

Folgende Themenfelder wurden durch o.g. Listen abgedeckt: Bauunterhaltungsmaßnahmen an Kindertagesstätten und Schulen, Straßeninstandsetzungsmaßnahmen, Maßnahmen der Grünanlagengestaltung und Spielplatzsanierung. Hierbei sei nochmals darauf hingewiesen, dass die Entscheidungsbefugnis des Stadtrates, damit den Erfordernissen der Sächsischen Gemeindeordnung entsprochen wird, davon unberührt bleibt.

In den betroffenen Fachämtern erfolgte die Umsetzung wie folgt:

Verkehrs- und Tiefbauamt
Das Verkehrs- und Tiefbauamt hat im Sommer diesen Jahres die Stadtbezirksbeiräte angeschrieben und je fünf Anliegerstraßen ihres Territoriums benannt, die aus Sicht des Verkehrs- und Tiefbauamtes sanierungsbedürftig sind. Diese Straßen sollten von den Beiräten mit Prioritäten versehen werden oder ggf. andere Anliegerstraßen zur Sanierung vorgeschlagen werden.

Die auf dem ersten Platz dieser Prioritätenliste stehenden Vorhaben wurden in der Vorhabenliste Bürgerhaushalt (**siehe Anlage 1**) zusammengefasst, planerisch bearbeitet und entsprechend der Dringlichkeit und vorhandener finanzieller Spielräume Jahresscheiben zugeordnet.

Sobald der Haushalt 2008 bestätigt ist, informiert das Verkehrs- und Tiefbauamt die Stadtbezirksbeiräte, welche der Vorhaben aus der Prioritätenliste im laufenden Jahr realisiert werden können. Es wird angestrebt einen entsprechenden Haushaltsansatz auch in den Folgejahren einzuordnen, um so alle Stadtbezirke berücksichtigen zu können und die Prioritätenliste schrittweise abzuarbeiten.

Schulverwaltungsamt
Die Maßnahmen welche im Vermögenshaushalt verankert sind, fußen auf Stadtratsbeschlüssen, welche bereits von den Stadtbezirksbeiräten im regulären Verfahren beraten wurden. Es können daher nur Maßnahmen der Bauunterhaltung des Verwaltungshaushalts den Stadtbezirksbeiräten zur Diskussion und Prioritätensetzung angeboten werden.

Für schulisch genutzte Gebäude werden die Leistungen zur Bauunterhaltung durch den städtischen Dienstleister Hochbauamt, gemäß Ämtervereinbarung seit 01.01.2006, erbracht. Oberste Priorität hat dabei die Absicherung der ständigen gefahrlosen und zweckbestimmten Nutzung der Gebäude. Die im Verwaltungshaushalt für alle Schulstandorte für die Bauunterhaltung zur Verfügung stehenden Mittel erlauben nur die Durchführung unabdingbarer Maßnahmen, jedoch nicht eine sachgerechte Bau- und Substanzerhaltung. Die zugewiesenen Mittel für die Bauunterhaltung für Schulimmobilien im Verwaltungshaushalt liegen unterhalb der empfohlenen Richtsätze der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement KGSt und Richtlinie für Planung und Durchführung von Bauaufgaben RLBau (0,8 % -1,2 % des Wiederbeschaffungswertes).

Die für das Jahr 2008 vorgeschlagenen Maßnahmen ermöglichen deshalb nur ein Budget von maximal 20 T € je Stadtbezirk zur Entscheidungsfindung durch den jeweiligen Beirat. Im August 2007 erfolgte der Versand, der vom Schulverwaltungsamt gefertigten, Vorhabenslisten zur Bauunterhaltung an Schulen zur Einbringung von Vorschlägen bezüglich der Prioritätensetzung an die Stadtbezirksbeiräte. Vorsorglich wurden in dem gemeinsamen Arbeitsinstrument „Jahresvorhabenliste 2008“ zwischen Schulverwaltungsamt und Hochbauamt je Stadtbezirksbeirat die Teilbudgets von 20 T € vorgehalten. Mit Abschluss des Haushaltsjahres 2007 und dem Vorliegen des Jahresberichts wurden die Verwaltungsvorschläge je Stadtbezirk aktualisiert.

Der durchzuführende Abstimmungsprozess zwischen den Stadtbezirksbeiräten und dem Schulverwaltungsamt konnte erst nach Vorliegen der mit dem Hochbauamt aktualisierten Maßnahmelisten ab Januar 2008 erfolgen. Derzeit haben die Stadtbezirksbeiräte die Gelegenheit ihre Vorschläge zur Priorisierung der vom Schulverwaltungsamt aufgelisteten Maßnahmen (**siehe Anlage 2**) abzugeben. Bis zum 24.02.2008 werden vom Schulverwaltungsamt die entsprechenden Listen im jeweiligen Stadtbezirk vorgestellt. Mit der endgültigen Erstellung des Jahresvorhabenplanes 2008 (gemäß Ämtervereinbarung) werden dann die durch die Stadtbezirksbeiräte priorisierten Maßnahmen je Stadtbezirk verbindlich aufgenommen. Das Ergebnis des Abstimmungsprozesses wird nachgereicht.

Jugendamt
Die geplanten Investitionen sind nach Stadtbezirken und Vorhaben in der Bedarfsplanung für die Kindertagestätten 2008 ausgewiesen, an dessen Aufstellung die Stadtbezirksbeiräte bereits beteiligt wurden. Nach Untersetzung der geplanten Maßnahmen, welche erst nach Abstimmung der Erfüllung des Vorjahres und der Dringlichkeit mit dem Hochbauamt, analog der Verfahrensweise des Schulverwaltungsamts, Ende des Kalenderjahres 2007 erfolgen konnte, erhalten die Stadtbezirksbeiräte Anfang 2008 eine entsprechende Prioritätenliste zur Vorschlagseinbringung, welche dann in die Vorhabenplanung 2008 einfließt.

Hierbei sei darauf verwiesen, dass die vorhandenen Mittel vordergründig zum Abarbeiten pflichtiger Maßnahmen, wie z.B. der Revision technischer Anlagen oder der Beseitigung von Mängeln im Rahmen von Auflagen durch die Genehmigungsbehörden, eingesetzt werden müssen. Ein weiterer erheblicher Teil muss für auftretende Havariebeseitigungen über das Haushaltsjahr vorsorglich vorgehalten werden. Erfahrungsgemäß handelt es sich nur um ca. 20 % der bereitstehenden Bauunterhaltungsmittel die tatsächlich in geplante Maßnahmen einfließen können. Die Auswertung der o.g. Prioritätenliste wird nachgereicht.

Grünflächenamt
Die frühzeitige Einbeziehung der Stadtbezirksbeiräte und Bürger ist im Grünflächenamt seit Jahren gängige Praxis. Der Haushalt des Grünflächenamtes ergibt sich in den Bereichen Grünanlagen- und Spielplatzsanierung gemäß beschlossenen Produktvorgaben. Im Gesamtverfahren sind die Akteure, die Bürger, die Stadtbezirksbeiräte und die Vereine und Verbände. Von der Entwurfsplanung bis zur Umsetzung erfolgt ein intensiver öffentlicher Beteiligungsprozess. Das Interesse der Bürgerschaft an den Projekten in den Stadtteilen ist groß - der Bürger plant, entwickelt und entscheidet mit. Ebenso wird in den Fördergebieten wie URBAN, Soziale Stadt und Leipziger Osten gemeinsam mit dem Amt für Stadtsanierung und Wohnungsbauförderung verfahren.

Zu den einzelnen Haushaltsstellen:

Sanierung Spielplätze (HH-Stelle 1.580.940.090/2)
Die Umgestaltung des ehemaligen Palisadenlabyrinthes des Spielplatzes am Clara-Zetkin-Park erfolgt nach der Planung sowie einer Vorstellung und Diskussion vor Ort (30.06.2007) im Winter 07/08.

Der Spielbereich für die Altersgruppe 11 - 14 Jahre wird nach einem im Herbst 2007 durchgeführten Kinderwettbewerb im Frühjahr 2008 geplant und im Sommer 2008 realisiert. Die Kosten hierfür belaufen sich auf 75 T €.

Zur Umsetzung des RB VI-117/04 - Spielangebot in der Innenstadt - sind im Haushaltsplan 2008 125 T € geplant. Diese Mittel sind für Spielmöglichkeiten in der Reichsstraße vorgesehen. In Vorbereitung dazu fand im Juni die erste Spielraumwerkstatt im Stadtbüro statt. Von September – Oktober 2007 wurden die Entwürfe im Stadtgeschichtlichen Museum vorgestellt. Im Ergebnis fand im November 2007 das erste Bürgerforum zum Thema Spielraumkonzept Innenstadt statt. Die Entwürfe wurden diskutiert und danach folgte ein Auswahlverfahren unter Mitwirkung von Bürgern, Vereinen und Verbänden und dem Stadtbezirksbeirat. Der Planungs- und Realisierungsprozess wird öffentlich am 13.02.2008 (2. Forum) weitergeführt. Die Planung für den von den Kindern und Erwachsenen am stärksten votierten Wettbewerbsentwurf beginnt im Frühjahr/Sommer 2008 und die Realisierung soll im Herbst 2008 erfolgen.

Ausstattung und Spielgeräte für Spielanlagen (HH-Stelle 1.580.935.901/5)
Der Haushaltsansatz für Ausstattungen und Spielgeräte in Grünanlagen wird für den dringenden Austausch von defekten Spielgeräten auf öffentlichen Spielplätzen eingesetzt. Hier gilt es die Verkehrssicherheit zu gewährleisten und Haftungsansprüche gegenüber der Stadt zu vermeiden. Eine stadtbezirksbezogene Prioritätenliste kann hier aus vorgenannten Gründen nicht erstellt werden.

Unterhaltung von Spielplätzen (HH-Stelle 1.580.510.300/8)
Der Haushaltsansatz für 2008 beträgt 98 T €. Auf der Grundlage einer Zustandsanalyse wurde eine Prioritätenliste erarbeitet, die in Abwägung der Sicherheitsaspekte (Verkehrssicherheit) mit den Stadtbezirksbeiräten diskutiert wird.

Grüner Bogen Paunsdorf (HH-Stelle 1.580.940.021/0)
Das Projekt "Grüner Bogen Paunsdorf" ist ein Projektmodell der intensiven Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Bürgern, dass über Jahre geführt wurde und noch aktuell ist. Zum Stadtteilfest Paunsdorf im September 2007 wurden die Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit präsentiert, die Planungen für 2008 vorgestellt und diskutiert.

Im Haushaltsjahr 2008 sollen 100 T € zur Weiterführung des Projekts eingesetzt werden, geplant sind 60 T € für die Fortführung des Parcours im Bürgerpark sowie 40 T € für die Planung zur Fortführung der Gesamtmaßnahme. Außerdem wurden 100 T € als Verpflichtungsermächtigung zur Weiterführung der Maßnahme über 2008 hinaus eingestellt. Die Bürger und politischen Gremien im Stadtteil sind und werden am Verfahren intensiv beteiligt. Die Umsetzung wird mit großem Interesse verfolgt.

B) Aktuelles Verwaltungshandeln mit Bürgerbeteiligung im kommunalen Finanzbereich

Abschlussergebnisse und eine Endauswertung des o.g. Projektes liegen noch nicht vor. An dieser Stelle ist jedoch anzumerken, dass unabhängig von diesem Projekt unterschiedliche Elemente der Bürgerbeteiligung mit Bezug auf die städtische Haushalts- und Finanzpolitik bereits gelebt werden, die im Folgenden näher beschrieben werden.

Informationsveranstaltungen der Finanzbeigeordneten im Leipziger Stadtbüro zum Haushaltsplanentwurf und zum Haushaltsvollzug
Von der Bürgermeisterin und Beigeordneten für Finanzen wurde und wird einmal jährlich, während der Zeit der gesetzlich vorgeschriebenen öffentlichen Auslegung des Haushaltsplanentwurfs, eine Informationsveranstaltung im Rahmen der regelmäßigen Bürgersprechstunden des Stadtbüros des Oberbürgermeisters durchgeführt. In dieser stellt sie die Prioritäten und Eckwerte des Entwurfs vor. Anschließend besteht die Möglichkeit einer gemeinsamen Diskussion mit den Leipziger Bürgerinnen und Bürgern, welche von diesen rege genutzt wird. Hierbei geht es hauptsächlich um die Fragen, wo muss gespart und wo kann investiert werden und Themen wie z.B. wie wirkt sich die aktuelle Bundes- und Landespolitik auf die kommunalen Haushalte aus.

Im abegelaufenen Jahr 2007 wurde zusätzlich eine Infoveranstaltung zum Haushaltsvollzug 2007 durchgeführt.

„Interaktiver Haushaltsplanrechner“ (Modellprojekt im Rahmen der Leipziger agenda 21)
Im Kontext zu dem Thema „Bürgerhaushalt“ gibt es mit der Haushaltsplanung 2008 bereits zum zweiten mal die Möglichkeit für Leipziger Bürger im Zuge der Auslegung und Veröffentlichung des Haushaltsplanentwurfs anhand eines interaktiven „Haushaltsplanrechners“ Zuschussansätze modellhaft zu verändern und diese in Form einer Bürgereinwendung zu formulieren. Ferner bestand die Möglichkeit, lediglich Kommentare zu einzelnen Haushaltsansätzen zu geben.

Dieser Haushaltsrechner war über den gesamten Zeitraum der öffentlichen Auslegungs- und Einwendungsfrist (26.11. – 18.12.2007) des Haushaltsplanentwurfs und wird noch ein paar Wochen danach unter der Internetseite der Stadt Leipzig (www.leipzig.de/Service/Bürgerdienste) zu finden sein. Die Einwendungen konnten innerhalb der Auslegungsfrist, zusätzlich zur gesetzlich eingeräumten Möglichkeit der Schriftform bzw. der Niederschrift, per email abgegeben werden. Hierbei handelt es sich um ein Modellprojekt Bürgerinformation und –beteiligung der Stadt Leipzig im Rahmen der Leipziger Agenda 21.

Diskussionsreihe zum Stadtentwicklungskonzept „Leipzig 2020 – Zukunft gestalten“ (vor dem Hintergrund unausgeglichener Haushalte seit 2005)
Die Stadtverwaltung erarbeitet seit 2007 eine Fortsetzung zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept. Dies wird sich noch bis in das Jahr 2008 erstrecken. Den Zwischenstand des Konzeptes stellten in einer Veranstaltungsreihe der Volkshochschule Experten der Stadtverwaltung interessierten Leipziger Bürgerinnen und Bürgern vor. Diese waren zur Information und Diskussion herzlich eingeladen; die Ergebnisse fließen nunmehr in das Stadtentwicklungskonzept ein.

Hierbei ging es u.a. um den demographischen Wandel, die knappen Finanzen der Kommune, auch vor dem Hintergrund der drastischen Kürzung der Haushaltsmittel im Bereich der Stadtentwicklungsplanung im Haushaltsjahr 2005 und die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen in einer globalisierten Welt. Wofür wollen wir zukünftig leben? Wofür wollen wir das Geld in der Kommune ausgeben? Werden Prioritäten für Kindertagesstätten, Grünanlagen, Straßenbau oder andere Themenfelder gesetzt?

Die Veranstaltungsreihe wurde am 29.10.07 durch den Bürgermeister und Beigeordneten für Stadtentwicklung und Bau mit der Vorstellung des Konzepts eröffnet und lief bis zum 21.01.08 mit folgenden Themen:

- Grün, grün, grün – Freiraum und Umwelt in Leipzig
- Leipzig im Spannungsfeld zwischen kinderfreundlicher Kommune und alternder Gesellschaft - Anforderungen an die Infrastruktur
- Leipzigs Stärken im wirtschaftlichen Wettbewerb – Strategien der Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung im zunehmenden Wettbewerb um junge, qualifizierte Fachkräfte
- Kultur in Leipzig – Identitätsstiftend, integrierend, Wirtschaftsfaktor ... was noch?

- Wer wohnt schon gern an der Hauptverkehrsstraße – Strategie für das Wohnen im Zielkonflikt zwischen Wohnungsmarktkonsolidierung, Denkmalpflege und günstigen Mieten
- Prioritäten der Stadtentwicklungs- und Stadtumbaustrategie – Wo liegen die Schwerpunkte in den nächsten Jahren?

C) Empfehlungen zum weiteren Umgang mit dem Projekt „Bürgerhaushalt“ aus heutiger Sicht

Die Einführung eines Bürgerhaushaltes bedeutet i.d.R. einen mehrjährigen Lernprozess für alle beteiligten Akteure. Es sollte jedoch auch weiterhin die Prämisse gelten, dass die Bürgerbeteiligung in einem vertretbaren Verhältnis von Aufwand und Nutzen unter der Anstrebung eines maximalen Zielerreichungsgrades stehen sollte.

Es bleibt zu hinterfragen, inwieweit alle einzelnen Konzeptphasen (Information, Beteiligung, Entscheidung, Rechenschaft) eines „Bürgerhaushaltes“, konkret für eine Großstadt wie Leipzig mit gravierenden Haushaltsproblemen, tatsächlich geeignet sind. Dabei sollte nicht außer acht gelassen werden, dass die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit der Politik und Verwaltung weniger vom Umfang der Bürgerbeteiligung als von den Leistungen der Kommune für ihre Bürgerinnen und Bürger abhängt (sog. Outputlegitimation) *.

Es wird von der Verwaltung empfohlen, die Informations- und Beteiligungsphase im Rahmen des „Bürgerhaushaltes“, wie im Abschnitt B beschrieben, weiter auszubauen und zu qualifizieren. Es ist zu überlegen, wie der Haushalt der Stadt Leipzig noch stärker nach außen dargestellt werden kann. Diese Form der Bürgerbeteiligung ist aus Sicht der Verwaltung sehr wichtig, weil gerade für die dringend erforderliche Konsolidierung des Leipziger Haushaltes das Verständnis und die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger in einem größeren Maße gewonnen werden sollte.

---

* Auswertung eines zweijährigen Forschungsprojektes des Institutes für Politikwissenschaft der Fernuniversität Hagen zum Thema Bürgerkommune (02/2001 – 02/2003)

Anlagen

Anlage 1: **Vorhabenliste Bürgerhaushalt des Verkehrs- und Tiefbauamts, welche bereits auf den Vorschlägen der Stadtbezirksbeiräte basiert**

Anlage 2: **Vorschlagsliste Bürgerhaushalt des Schulverwaltungsamts für die Stadtbezirksbeiräte**

Anlage 1

Verkehrs- und Tiefbauamt

Vorhabenliste Bürgerhaushalt

Priorität	Stadtbezirk	Maßnahme	Baujahr
1.	Süd	**Triftweg**	2008
2.	Nord	**Richterstraße** 1. BA Lützowstraße bis Fritz- Seger-Straße	2008
3.	Altwest	**Rietschelstraße** zwischen Roßmarkstraße und Erich-Köhn-Straße	2008
4.	Nordwest	**Faradaystraße** zwischen Yorckstraße und Rousseaustraße	2008
5.	West	**Am kleinen Feld**	2008
6.	Südost	**Lange Reihe** zwischen Holzhäuser Straße und Schlesierstraße	2009
7.	Ost	**Rabet**	2009
8.	Südwest	**Buttergasse** 1. FA Falkensteinstraße bis Anton-Zickmantel-Straße	2009
9.	Nordost	**Krätzbergstraße** zwischen Tauchaer Straße und Dürnsteiner Weg	2010
10.	Mitte	**Leibnizstraße** zwischen Gustav-Adolf-Straße und Elstermühlgraben	2010
11.	Nord	**Richterstraße** 2. BA Fritz-Seger-Straße bis Ehrensteinstraße	ab 2011
12.	Südwest	**Buttergasse** 2. BA Anton-Zickmantel-Straße bis Huttenstraße	ab 2011
13.	Südwest	**Buttergasse** 3. BA. Huttenstraße bis Brückenstraße	ab 2011